

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen. 41. Sitzung vom 9. Mai.

10 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Stephan, Michaelis und Andere.

Das Haus ehrt das Andenken seines verstorbenen Mitgliedes, des Abg. Schmalz (2. Gumbinner Wahlkreis), in der üblichen Weise und verweist ein Schreiben des zum Landgerichtsrath in Oldenburg ernannten Abg. Roggemann an die Geschäfts-Ordnungs-Commission.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Vertheilung der Matrikularbeiträge, wird in erster und zweiter Verathung genehmigt.

Es folgt die erste Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erwerbung der preussischen Staats-Druckerei für das Reich und Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetats.

Abg. Zimmermann spricht sich gegen die Vorlage aus und bittet, sie an eine Commission zu verweisen, oder wenigstens die zweite Verathung auszusetzen; in der Debatte findet sich der bedenkliche Passus, daß die Druckerei auch ermächtigt werden solle, von Privatpersonen Druckaufträge anzunehmen. Diese Concurrenz mit der Privat-Industrie passe sich nicht für einen staatlichen Betrieb. Außerdem fehle noch ein beforderer Etat, dessen Aufstellung doch unbedingt nothwendig sei.

Generalpostmeister Stephan: Bereits bei der Erwerbung der Deder'schen Druckerei sei auch die der preussischen Staatsdruckerei in Aussicht genommen und im preussischen Abgeordnetenhaus diese Verschmelzung als zweckmäßig bezeichnet worden. An eine Concurrenz mit der Privat-Industrie werde nicht entfernt gedacht, eher an ihre Förderung durch Aufstellung von Mustern und Anstellung von Verfügen, wo die Mittel der Privat-Industrie nicht ausreichen.

Abg. v. Benda empfiehlt die Bewilligung, glaubt aber, daß die Verathung der §§ 4 und 5, welche die Staatsausstellung enthalten, ausgesetzt werden könne.

Der Generalpostmeister: Die Etats der Reichs- und Staatsdruckerei seien bereits bewilligt; es handle sich also in den §§ 4 und 5 nur um eine calculatorische Berechnung.

Der Antrag auf commissarische Verathung wird mit 114 gegen 86 Stimmen abgelehnt, die §§ 1, 2, 3 und 6, welche die Erwerbung der Staatsdruckerei betreffen, werden genehmigt, die §§ 4 und 5 dagegen, die den Etatsnachtrag enthalten, abgelehnt. Ein zweiter Nachtrag zum Etat fordert 200,000 M. als Kosten der Vertheilung an der Ausstellung in Sydney.

Abg. Dr. Braun fragt, wie sich nach welcher wir erst exportieren Theorie des Ministers Hofmann verhält, nach welcher wir erst exportieren sollen, wenn wir zuvor Alles produciren, was wir consumiren, also, da dies unmöglich ist, niemals exportiren sollen. Wozu also nach Sydney gehen, wenn wir exportiren und dafür Waare eintauschen, z. B. australische Wolle, dieser Import nach der officiellen Theorie unser Land wieder vermehrt. Ich denke aber, die Theorien werden stärker sein als die officielle Theorie. In der Rundgebung des Geh. Rath Neuleur heißt es, daß nur Kunstgegenstände, nur gute Waaren und nur von reellen Häusern zugelassen werden sollen. Das sind doch schwankende Ausdrücke. Versteht man unter guten Waaren nur Waaren erster Qualität, nun, Australien wird wohl mehr ein Markt für preiswürdige Mittelwaaren sein. Oder will man etwa Kunstgegenstände, vielleicht Nachahmungen des Hermes von Olympia nach Australien schicken? Das wäre eine verheißene Speculation. Will der Herr Reichscommissarius darüber urtheilen, was reelle Häuser sind und soll jedes zurückgewiesene als unrell gelten? Wer will denn die Zurückgewiesenen hindern, auf eigene Faust nach Australien zu gehen? Unter den Industriellen herrscht keine übermäßige Vorliebe, sich dem Urtheil des Professors Neuleur zu unterwerfen; besser hätte man einen Mann von technischer Erfahrung und Kenntniß des Waarenmarktes zum Commissarius ernannt. War Herr Neuleur in Australien? Kennt er die Waaren?

So sehr ich ihn als Professor schätze, so habe ich doch nicht erfahren, daß er als Ausstellungskommissar besonderes Glück gehabt hat. Er hat mit seinem berühmten geflügelten Wort: „Billig und schlecht“ die deutsche Industrie auf das Empfindlichste discreditiert und fast mehr geschädigt, als durch alle Schmeicheleien gut gemacht werden kann. Wenn man die Industrie nicht ermutigt, sondern sie vom Tische des Bundesraths aus ein Alibi-brodel nennt und ihre Leistungsfähigkeit bestreitet, dann wundern man sich nicht, wenn Niemand von uns kaufen will. (Sehr richtig!) Das Urtheil des Herrn Neuleur über die deutsche Industrie war ein so unüberlegtes und ungerechtes, daß ich wünschen muß, daß noch ein Commissarius ernannt wird, der Herrn Neuleur controlirt und berichtigt, wenn er etwa wieder solche Ausprüche thun sollte. Ein Bild der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie giebt die Berliner Gewerbe-Ausstellung, obwohl hier nur eine einzelne Stadt ausgestellt hat. Hier kann man sagen: Billig, aber niemals schlecht. Das hat man in Berlin gemacht, ohne Hilfe der Reichs-, ja auch nur der preussischen Behörde, ohne Commissarius, aus eigener Kraft. Gott schütze uns vor dem Schutze, vor der Concurrenz wollen wir uns selber schützen.

Abg. Witte (Mecklenburg) empfiehlt die Annahme der Vorlage. Der Export sei keine Nebenache; noch weniger könne man eine Export-Industrie als Größenwahn ansehen. Kann denn eine Export-Industrie allein bestehen, losgelöst von der heimischen Industrie? Der Ausspruch „billig und schlecht“ wäre besser unterlassen und ein tüchtiger, technischer und kaufmännischer Beirath neben dem Commissar wünschenswerth.

Präsident Hofmann: Der Abg. Braun hat meine neuliche Bemerkung als officiell Theorie bezeichnet; Theorien werden überhaupt nicht officiell aufgestellt. Ich habe nur die Grundsätze aufgestellt, nach denen die Zollsätze bemessen werden sollen, um den Widerstreit der Interessen auszugleichen. Bei dieser Gelegenheit steht die innere Production höher als der Export. Die verbündeten Regierungen unterschätzen den Export nicht, das beweist die heutige Vorlage. Der Abg. Braun hat Anstoss genommen an der Bekanntmachung des Geh. Rath Neuleur, daß eine Prüfung stattfinden solle. Wenn das Reich der Ausstellung sich einmal annimmt, dann muß es auch dafür sorgen, daß die Ausstellung der Industrie zum Vortheil gereicht. Das ist ohne Prüfung der auszustellenden Gegenstände nicht möglich. Seit Anfang Januar d. J. ist die Ausstellung Staatsache und es wird kein deutscher Aussteller zugelassen, der beim deutschen Commissarius nicht accreditirt ist. Diejenigen, welche mit Unterstützung des Reiches ausstellen wollen, sollen sich einer Prüfung unterwerfen. Man hat die Wahl des Ausstellungskommissars getadelt. Mit seinem geflügelten Wort wollte Herr Neuleur keineswegs ein empfindliches Urtheil fällen. Das Urtheil bezieht sich nur auf das in Philadelphia Ausgestellte. Es wurde nach und nach weit über die ursprüngliche Ansicht hin ausgelegt. Daß das Wort einen starken Wiederhall gefunden hat, kommt daher, daß für einen Theil der Industrie das Wort bezeichnend war. Wenn man diesen Mann zum Commissarius ernannt, so zeigt das, daß die Regierung Vertrauen zur deutschen Industrie hat; — diejenigen, welche sich diesem Vertrauen, aber kompetenten Richter unterwerfen, werden gute Vertreter deutscher Industrie sein.

Abg. Reichensperger (Crefeld) spricht sich gegen Industrieausstellungen überhaupt aus; da werde nur das Allerbeste ausgestellt, damit könne man auf dem Weltmarkt nicht concurren. Man lerne nichts auf denselben, sondern es gehen nur schaulustige Menschen dorthin, die das dafür verwandte Geld lieber im Inlande zur Substanz der Industrie ausgeben sollten. Die inländische Industrie müsse auf anderem Wege gehoben werden, man müsse die Arbeiter in den Werkstätten unterrichten. Besonders verwerflich sei aber der Gewerbesteuer an Stelle des Werthzollses. Darauf solle die Regierung ihr Augenmerk richten, nicht nach Sydney.

Abg. Löwe (Berlin): Das geflügelte Wort „Billig und schlecht“ hat mehr Eindruck gemacht, als beabsichtigt war; aber ganz unbedeutend war es nicht, denn die Beschädigung der Ausstellung in Philadelphia war sehr verheerend, deshalb waren auch die leistungsfähigsten Industriellen dabei nicht betheiligt. Da kann es kein Wunder nehmen, wenn dem Commissarius ein solches Wort entfährt. Wir haben uns aus politischen Gründen in Philadelphia betheiligt und damit der Industrie geschadet; wir haben uns

aus politischen Gründen von Paris fern gehalten und damit der Industrie geschadet; wir mußten nach Paris gehen, um die Schlappe von Philadelphia wieder gut zu machen. In Berlin ist Vieles geleistet; aber die, welche Vorzügliches geleistet haben, waren nicht in Philadelphia. Eine Prüfung hat übrigens auch bei der Berliner Ausstellung stattgefunden, freilich nicht von Seiten der Behörden, sondern durch ein Privatcomité. Uebrigens ist Herr Neuleur nicht bloß Professor, sondern auch Techniker. Wir können der Regierung für diesen Schritt nur danken, wenn er auch mit ihrer Zollpolitik nicht zusammenstimmt. Unsere neue Handelspolitik kann nur dann einen Erfolg haben, wenn England nicht denselben Schritt thut und uns sein Land und seine Colonien nicht verliert; wenn England unserem Beispiele folgt, dann können wir von Sidney ruhig wegbleiben. (Sehr richtig!) Unsere Exportindustrie ist kein Größenwahn; denn wenn wir nicht exportiren, würden Tausende unserer Arbeiter brotlos sein. Im Interesse unserer Industrie bitte ich Sie, die Summe zu bewilligen.

Abg. Schröder (Wipperfurth): Er habe bei der Bewilligung der Mittel für die Ausstellung in Philadelphia prophezeit, daß der Erfolg ein schlechter sein werde; Herr Neuleur hat das bestätigt; er hat die Wahrheit gesagt, zu einer Zeit, wo das schwer war; damals galt noch deutsche Wissenschaft und deutsche Industrie als etwas Vorzügliches, damals herrschten noch die berechtigten Vertreter der Oberflächlichkeit. Wenn in Berlin jetzt Gutes geleistet worden, so sei es zum Theil der Wirkung des Neuleur'schen Wortes zuzuschreiben.

Abg. Sonnemann: Das Neuleur'sche Wort hat uns über eine momentane ungelunde Situation, die durch die Steigerung der Preise und Löhne hervorgerufen war, hinweggeholfen und damit vielleicht den Schaden gut gemacht, den es angerichtet. Ich bedaure, daß wir vielleicht diesmal wieder etwas zu spät kommen; in Frankreich hat man bereits im Februar zwei Commissionen eingesetzt; hoffentlich werden wir das Versäumte noch nachholen können. Auch ich wünsche, daß Herr Neuleur ein technischer Beirath gegeben werde; da von Seiten Württembergs der Präsident von Steinbeis deputirt werden soll, so würde es sich empfehlen, ihn als zweiten Reichscommissarius zu bestellen.

Abg. Braun: Magna ingenia conspirant; Herr Schröder hat es prophezeit, trotzdem er es nicht gesehen, Herr Neuleur hat es nicht prophezeit, aber gesehen, sonst stimmen sie mit ihrem Urtheil über die Ausstellung in Philadelphia ganz überein (Seiterseit). Auch ich möchte den verbündeten Herrn von Steinbeis als zweiten Commissar empfehlen, trotzdem er bei Herrn von Bismarck und anderen württembergischen Abgeordneten jetzt vielleicht nicht persona grata ist.

Abg. v. Müller tritt dem Abg. Reichensperger entgegen; auf den Ausstellungen lerne man nicht nur, was man nicht könne, sondern man lerne auch, was man leisten könne. Eine strenge Prüfung werde den tüchtigen Industriellen nicht abhalten, sondern eher anspornen. Auch er empfehle die Einführung eines Werthzollses. Das Hauptübel für die deutsche Industrie sei, daß keine so Käufer finde, deshalb sei die Eröffnung eines neuen Marktes jedes Opfers werth.

Das Gesetz wird darauf in zweiter Verathung mit großer Majorität genehmigt. Gegen dasselbe stimmt u. A. der Abg. Braun.

Die erste Verathung des Zolltarifs wird fortgesetzt.

Sächsischer Bevollmächtigter v. Rostk-Wallwitz: Eine Reihe herber Angriffe ist besonders gegen die deutschen Mittelstaaten gerichtet worden. Der Abg. Bamberger hat dem Bundesrath vorgeworfen, daß derselbe bei Verathung des Zolltarifs Mangel an Selbstständigkeit bewiesen und sich selbst modificirt habe. Ich weiß nicht, ob ich gegen den ersten Vorwurf noch etwas zu entgegnen brauche, nachdem der bekannte Brief des Reichszanzlers an Freiherrn von Thüngen veröffentlicht ist, jedenfalls würde er doch nur dann begründet sein, wenn die verbündeten Regierungen in ihrer Mehrheit mit den Ansichten des Reichszanzlers über die in den Verhältnissen einzuhaltende deutsche Politik und mit den Vorschlägen der Tarifcommission im Großen und Ganzen nicht einverstanden gewesen wären. Wenn der Abg. Bamberger den Bundesregierungen einen Vorwurf daraus machen will, daß bei der Feststellung der vorliegenden Tarifvorlage ein beschleunigtes Verfahren beobachtet worden ist, so wäre es ja sehr wünschenswerth gewesen, zu diesem Behufe mehr Zeit übrig zu haben. Möglicherweise wären dann auch einzelne Fehlschlüsse, die vorgekommen sein mögen, vermieden worden. Ebenso gebe ich zu, daß die eine oder andere Regierung Dies und Jenes anders gewünscht haben würde, wie denn auch mehrfache Vorbehalte in Bezug auf die weiteren Ziele, welche der Reichszanzler neulich entwickelt hat, von den einzelnen Regierungen gemacht worden sind. Indessen wären sämtliche Regierungen mit dem Reichszanzler darin einverstanden, daß es dringend nöthig sei, eine Entscheidung über die deutsche Zoll- und Tarifpolitik so schnell als möglich herbeizuführen, und daß es unzulässig gewesen sein würde, diese Entscheidung bis zum Wiederzusammentreten des Reichstages zu verschieben. Einen weiteren Vorwurf hat der Abg. Richter den verbündeten Regierungen und speciell den Regierungen der deutschen Mittelstaaten gemacht, und zwar hat er diesem Vorwurf in der ersten Lesung des Reichshaushaltsetats einen sehr schönen Ausdruck gegeben. (Auf: schmöde?) Der Abg. Richter scheint Zweifel zu haben, ob der Ausdruck „schmöde“ parlamentarisch sei. Er hat den verbündeten Regierungen vorgeworfen, daß sie für Geld ihre Machtstellung im deutschen Bundesrath ausgeben. Meine Herren, wenn dies parlamentarisch ist, ist der Ausdruck „schmöde“ auch parlamentarisch. (Beifall rechts.)

Er hat speciell den Regierungen der deutschen Mittelstaaten einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie für Bewilligung von Matrikularbeiträgen eintreten. Nach Art. 70 der Reichsverfassung sind aber die durch die eigenen Einnahmen des Reichs nicht gedeckten Mittel zur Befreiung der Ausgaben von den einzelnen Bundesstaaten im Wege der Matrikularbeiträge einzuliefern. Hiernach ist, sobald die Einnahme aus den Finanzquellen des Reichs und die Ausgaben andererseits festgestellt sind, der Fehlbetrag unvermeidlich von den einzelnen Staaten aufzubringen. Sobald nun für den Bundesrath die Ueberzeugung constatirt war, daß höhere Einnahmen nicht zu erlangen seien, so ist im Bundesrath die Einstellung der Matrikularbeiträge jeder Zeit nur als eine Form anzusehen. Der Abgeordnete von Bennigsen hat nun am Dienstag gesagt, daß Kraft des dem Reichstag zustehenden Rechtes, die Matrikularbeiträge in den Etat einzustellen, es dem Reichstag gelungen sei, die Matrikularbeiträge in erheblichem Maße im Laufe der letzten Jahre zu vermindern. Ja, meine Herren, zunächst möchte ich bemerken, daß die Erzielung dieses günstigen Ergebnisses zum großen Theil nur dem Umstand zu verdanken ist, daß theils vorhandene Bestände aufgezehrt, theils Ausgaben, welche aus laufenden Mitteln bestritten werden sollten, auf Anleihen verwiesen, theils endlich Ausgaben auf spätere Jahre zurückgestellt worden sind. (Sehr richtig! rechts.) Der eigentlichen Abstriche von Ausgaben waren verhältnismäßig wenige und mir scheint, es liegt hier doch eigentlich eine Verwechselung der Begriffe vor, wenn man sagt, daß diese Abstriche erfolgt sind, weil der Reichstag und der Bundesrath das Recht hatten, die Matrikularbeiträge in den Etat einzustellen. Mir scheint, diese Abstriche sind lediglich bewirkt worden, weil dem Reichstag das Recht zustand, die Ausgaben zu bewilligen. (Sehr richtig! rechts.) Nun kann ich doch wohl im Einverständnis mit dem Abg. von Bennigsen annehmen, er habe keineswegs sagen wollen, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen auch bei einer eventuellen Erzielung von Ueberschüssen durch die von Ihnen erwarteten Bewilligungen, wenn wirklich die Matrikularbeiträge dadurch beseitigt werden sollten, in der Budgetcommission eine weniger genaue Prüfung der Ausgabe wünschenswerth. Ich wenigstens kann versichern, daß die Finanzminister der Einzelstaaten es gern acceptiren werden, wenn durch die Mitwirkung des Reichstages auf irgend eine Weise die Herabsetzung der Landessteuern erzielt wird.

Im Allgemeinen kann ich mich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß der von dem Abg. Richter so lebhaft verfochtene Standpunkt der Betonung der Machtstellung denn doch einigermaßen auf der Ansicht beruht, daß zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, zwischen den Regierungen und den Regierten ein unlösbarer Widerspruch besteht. Ich bin in dieser Beziehung ganz anderer Ansicht. Was finanziell dem Reiche frommt, frommt im Schlußeffect auch den Einzelstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Ebenso wenig kann ich zugeben, daß die deutschen Fürsten und ihre Rathgeber andere Interessen verfolgen können, als die gewählten Vertreter des Volkes hier in

diesem Saale (lebhafter Beifall rechts); daß hier über die Mittel, das Wohl der Einzelnen zu fördern, verschiedene Ansichten bestehen und immer bestehen werden, beruht in den menschlichen Verhältnissen; das beweist ja auch der deutsche Reichstag selbst. Endlich habe ich mich noch zu einer Aeußerung des Abg. Windthorst zu wenden. Der Abg. Windthorst sprach gestern sein Bedauern darüber aus, daß die Finanzminister der größeren deutschen Staaten nicht der Generaldebatte beizuwohnten, um Auskunft geben zu können über die finanziellen Verhältnisse ihrer Staaten. Diese Auskunft ist in der Commission, in welcher meiner Uebersetzung nach allein sie wirklich gegeben werden kann, mit Darlegung des vollen Materials gegeben worden. Im Uebrigen aber scheint es mir, als ob die Herren Finanzminister in der Generaldiscussion, so lange als sie bisher gewährt hat, viel Neues nicht gehört haben (Seiterseit), und sich unangenehme Dinge sagen zu lassen, ist nicht Feiernmanns Sache. Ich kann wohl annehmen, daß die Herren Finanzminister, wenn sie aus der Generaldebatte weggeblieben sind, dies in der Ansicht gethan haben, daß sie zu Hause in der Verahrung ihres eigentlichen Berufes Nützlicheres leisten könnten. (Sehr gut! rechts.)

Präsident von Forckenbeck: Ich sehe mich doch genöthigt, dem Herrn Bevollmächtigten zum Bundesrath zu erklären, daß ich den Ausdruck „schmöde“, auf eine Rede eines Reichstagsmitgliedes angewendet, für nicht parlamentarisch erachte. Hat das Reichstagsmitglied sich in einer anderen Sitzung vergriffen, so wäre es meiner Uebersetzung nach da an der Zeit und nach parlamentarischen Regeln geboten gewesen, die Entscheidung des Präsidenten anzurufen. (Sehr wahr!)

Bundesbevollmächtigter v. Rostk-Wallwitz: Ich habe allerdings nicht geglaubt, daß es Sache der Bevollmächtigten zum Bundesrath sei, dem Herrn Präsidenten darauf aufmerksam zu machen, wenn ein Ausdruck, welchen ein Reichstagsabgeordneter in Bezug auf die verbündeten Regierungen fallen läßt, seiner Ansicht nach die Grenzen des parlamentarischen Anstands überschreitet. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Graf Stolberg (Rastenburg) setzt sich mit den Vertretern der verschiedenen zollpolitischen Richtungen im Hause auseinander. Mit seinem Freunde v. Walzahn will er vorläufig nicht badern, in der Hoffnung, bei der entscheidenden Abstimmung der dritten Verathung mit ihm zusammenzutreffen. Die Verurteilung Richter's auf die Petitionen der angeblich bedrohten Exportindustrien läßt er nicht gelten, da sie von Branchen ausgehen, die sich bereits eines genügenden Wohlstandes erfreuen und ihn nur den anderen nicht gönnen. Gerade der Ungleichheit des bisherigen Zolltarifs, unter der hauptsächlich die Landwirtschaft litt, gilt der Kampf. Nach der Meinung Windthorst's und v. Bennigsen's seien diejenigen, welche die Grenzölle abgeschafft haben, sich der Folgen dieses Schrittes nicht bewußt gewesen. Das mag bezüglich der liberalen Freihändler, die dabei mitgewirkt, richtig sein. Die Agrarier, deren Programm der Redner vertritt, die am meisten unter den Grenzölle litten, wollten, falls das freihändlerische Princip sich bewähre, ihm zum Durchbruch verhelfen, andernfalls aber umkehren und unter Bewilligung von Zöllen für die Industrie solche auch für sich in Anspruch nehmen. So ist die Coalition von Industrie und Landwirtschaft entstanden, die hoffentlich noch segensreiche Früchte nicht nur auf handelspolitischen, sondern auch auf andern Gebieten tragen wird. Die vom Abg. Richter vorgeführte Abnahme des Fleischconsums in Berlin rührt von der unter dem Freihandel vermehrten Arbeitslosigkeit der Bevölkerung her. Man verwechselt eben Rentier und Arbeiter. Der Rentier ist erst und schneidet dann den Coupon ab, um zu bezahlen, der Arbeiter muß erst verdienen, damit er sein Essen bezahlen kann. Wenn Sie sich der Familien des Arbeiters annehmen wollen, so treten Sie doch für das Tabaksmonopol ein. Dies trifft vornehmlich den kräftigeren, arbeitsfähigen Theil der Bevölkerung, den Reichen mehr oder ebenso wie den Armen und ist überhaupt das Ideal einer Conjunctionsteuer. Der Abg. Richter sagt: Wir sind unabhängige Charaktere, feste Männer und sagen zu Allem Nein. Das wird zur Folge haben, daß die Nation Ihnen auch einmal Nein sagt. (Seiterseit.)

Bamberger's Nichtachtung des Werthes der indirecten Steuern, sein Standpunkt, nach welchem es gleich viel bedeutet, dem Steuerzahler täglich 1 Sgr. oder am Ende des Monats 1 Thlr. abzunehmen, ist auch nur für wohlthätige Leute richtig, die beim Vanquair ein laufendes Conto haben. Für den Arbeiter aber wirkt hier der Unterschied zwischen Baar und Creditwirtschaft. Käuft man ihm den Groschen, den er täglich zahlen sollte, in der Tasche, so giebt er ihn im Wirthshaus aus, und kommt dann die Steuerquittung, so kann er nicht bezahlen, dann bricht das Glend herein und er wird Socialdemokrat. Die indirecten Steuern erziehen den Arbeiter zur Sparsamkeit, die directen erleichtern ihm den unordentlichen Lebenswandel. (Widerspruch links.) Bamberger's Theorien beruhten nur den toten Werth, nicht die persönliche Stellung und Eitelkeit des Einzelnen. Er behauptet ebenso irrig, daß die Grundrente in allen Culturstaaten falle. In Frankreich beträgt sich der Grundbesitz mit 3 bis 4 Procent. Wo die Grundrente fällt, ist ein wirtschaftlicher Niedergang vorhanden. So geriet das alte Italien in Verfall, als es ausfuhrte sein eigenes Getreide zu produciren, und ist bis heute nicht zu einer geordneten Landwirtschaft gekommen. Wahrheitsgemäß um die Agrarier beim Reichszanzler zu discreditiern, behauptete Bamberger, einer ihrer journalistischen Führer, Dr. Rudolph Meyer befände sich wegen Bismarckbeleidigung im Auslande. Rudolph Meyer war weder bei der Constituirung der Agrarierpartei noch an einer ihrer Vereinsversammlungen betheiligt, hat also nichts mit ihr zu thun. Die Agrarierpartei ist der Feind des Liberalismus nur auf wirtschaftlichem Gebiete; sie ist mit der politischen conservativen Fraction nicht identisch. Die neueren wirtschaftlichen Gesetze sind aber nicht im politischen liberalen Geiste, sondern nur im Interesse des Capitals gegeben. Die Bedeutung der Agrarierpartei zeigt sich in der Rede v. Bennigsen's. Daß er für bäuerliches Erbrecht eintreten würde, war natürlich, da jeder auf dem Gebiete, das er vorzugsweise beherrscht, conservativer Anschauung sein muß; erlaublich und erfreulich aber war es, daß er so entschieden für die Interessen des hart bedrängten Grundbesitzes eintrat. Dabei hat er die öffentliche Meinung auf seiner Seite. Die unbedingte Freiheit des Austausch ist nur bei wirtschaftlich gleich starken Parteien für beide Theile vortheilhaft, bei Ungleicheit unterliegt der schwächere Theil.

So unterliegt der creditwürdige Bauer und Handwerker dem mit Capital ausgerüsteten Wucherer, wenn der gesetzliche Zinssatz nicht die Freiheit des Geldverkehrs beschränkt; so holte England aus Portugal in Folge des Handelsvertrages so viel Geld, daß ein Redner im englischen Parlament sagen konnte, bald nichts mehr zu holen sei. Der Abg. Bamberger hat endlich in halb elegischem, halb drohendem Tone prophezeit, daß man in Deutschland doch wieder zum Freihandel zurückkehren werde. Möge er die Zwischenzeit dazu benutzen, durch seinen Einfluß Ausland, Frankreich und Amerika zum Freihandel zu bekehren, dann verpflichtet sich der Redner, ihn auch in Deutschland zu vertheidigen, denn Deutschlands Industrie ist im Vergleich mit der der anderen Länder so stark, daß allgemeiner Freihandel in erster Linie zwar England, sodann aber vorzugsweise uns zu statten käme. — Der Abg. Lasker sprach von Vernichtung der directen Steuern. Die Vorlage thut nur einen Schritt zur Ausgleichung des bestehenden Mißverhältnisses zwischen directen und indirecten Steuern. Der Umstand, daß der Abg. Lasker mit einem großen Theil seiner Partei im Widerspruch steht und sich selbst als in der Minorität befindlich bezeichnet, läßt hoffen, daß wir mit der Vorlage einen Schritt vorwärts kommen werden. Darin, daß der Reichstag in dem Recht auf Feststellung der Matrikularbeiträge kein eigentliches Einnahmewillkürrecht hat, stimmt der Redner mit Herrn v. Rostk-Wallwitz überein. Auch findet er genügende constitutionelle Garantien für jenes Recht in dem Ausgabebevollmächtigungsgesetz. Wegen der constitutionellen Garantien wies ein Abgeordneter auf die Conflictzeit in Preußen hin. Wenn wir in jener Zeit in Preußen ein Einnahmewillkürrecht gehabt hätten, wo die Partei Richter's, als die österreichische Armee mobilisirt an der Grenze stand, erklärte: diesem Ministerium keinen Groschen, dann wären die Träume deutscher Jugend von deutscher Einheit und Größe von böhmischen und ungarischen Regimentern zertreten worden. Die Partei des Redners ist nicht principiell gegen constitutionelle Garantien, wird aber erst zu bestimmten Vorschlägen Stellung nehmen. Einig ist sie in dem Wunsche, daß nicht in diesem Jahre wieder, wie im vorigen, die

dringend notwendige Steuerreform an einer rein parlamentarischen Frage scheiterte.

Abg. Richter: Der Abg. Mollat hat gestern sehr verächtlich von dem nationalen Sinn der Seestädte gesprochen. Das läßt mich und, wie ich hoffe, die Bewohner aller Seestädte, auch diejenigen Bewohner von Bremen, die der Abg. Mollat ja jetzt noch vertritt, sehr kühn; es ist mir auch ganz gleichgültig, wie er in dieser Beziehung über uns denkt. Schließlich sagte er, daß die gegenwärtigen Geseze dazu beitragen würden, den internationalen und semitischen Charakter des Handels in Deutschland zu beseitigen. Mit dieser Art und Deductionsweise weise ich jede Gemeinschaft entschieden zurück, und verziehe darauf mit ihm über seine Ansichten weiter zu discutieren. Die Ausführungen des Abg. Windthorst, der in Finanzfragen sehr vorsichtig ist, haben mich davon überzeugt, daß Finanz- und Schutzfragen im Interesse der sachlichen Erledigung getrennt werden müssen. Zur Beschleunigung der Sache haben wir gerade den Antrag gestellt, die Finanz- und staatsrechtlichen Fragen an eine besondere Commission zu verweisen. Ich glaube, der Abgeordnete Windthorst müßte eigentlich auch unserer Meinung sein. Der Antrag der Abgeordneten von Benndorf, von Bennigsen und Lasker ist im Wesentlichen genau derselbe und ich habe ihn darum mitunterstriben. Meine Parteigenossen werden in ihrer großen Majorität beiden Anträgen zustimmen. — Der Redner weist dann auf die Nachschüsse in den Elaboraten der verbündeten Regierungen hin, die viel erheblicher und zugleich viel weniger zu entschuldigen sind, als die von ihrem Vertreter der Freihandels-Correspondenz nachgewiesenen, zumal die letztere fast ausschließlich von einem einzigen, allerdings ausgezeichneten jungen Gelehrten geleitet wird, der die Zusammenstellung der Tarife angefertigt hat, eine Arbeit, die in der That mehr Sache der Regierungsgesetze gewesen wäre. Bei der „Position Holz“ ist die wichtige Bestimmung ganz weggelassen, nach welcher der Holzoll in den östlichen Provinzen des preussischen Staates, ferner in den Häfen von Hannover und Oldenburg viel mäßiger war, als in den übrigen Theilen.

Ferner ist bei der Position „Rurwaaren“ bestimmt, daß Waaren ganz oder theilweise aus Bernstein, Eisenblei, Zet, Meerscham und Perlmutter künftig einen Zoll von 120 Mark bezahlen sollen, während der Zoll jetzt 24 Mark beträgt. Allein nirgends ist ersichtlich gemacht, warum jetzt der fünffache Betrag an Zoll erhoben wird. Präsident Hofmann hat gesagt, die Zolltarife hätten sich um höchstens 20 pCt. pro Kopf der Bevölkerung vermehrt, in der ersten Periode von 1830 bis 1841 durchschnittlich um 2 1/2 pCt., für das Etatsjahr 1877 auf 1878 um 2 M. 69 Pf. Der Präsident des Reichsfinanzamts vergißt, daß die Zudersteuer, die jetzt auf einem besonderen Titel steht, damals in diesen Zöllen eingegriffen war (Hört!), daß wir damals keine Rübenzuckersteuer hatten, welche die Kleinigkeit von 41 Mill. oder 1 M. pro Kopf der Bevölkerung beträgt. Der sächsische Bevollmächtigte hat gesagt, er hätte in der Generaldebatte nicht viel Neues gehört und eigentlich besser zu Hause bleiben können. Wir hätten nichts dagegen gehabt, wenn er zu Hause geblieben wäre (obso! obso!) — ja, höflicher kann man doch nicht sein. (Heiterkeit.) Auf den Vorwurf des Regierungskommissars bezüglich unserer Haltung in der Nachfrage der constitutionellen Garantien kann ich nur erwidern: Rechte, die in der Verfassung des Reiches stehen, soll man nicht stillschweigend zu Grabe tragen. Die Vorlage spricht vom Verschwinden der Matricularbeiträge kein einziges Wort. Die „Provinzial-Correspondenz“ hat berichtet, daß ich, als Berichterstatter der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses, mit meiner Resolution diese Frage für erledigt angesehen habe; kein Wort davon ist wahr. In Preußen ist sie erledigt, aber nicht für das Reich. Dieses constitutionelle Recht werden wir uns mit unserem Willen nicht nehmen lassen. Zu meiner großen Freude ist auch das Centrum entschlossen, daran festzuhalten, daß die Rechte, die wir jetzt haben, voll und ganz und ohne Abzug uns erhalten bleiben. (Sehr gut.)

Dabei war es wohl keine glückliche und richtige Taktik des Grafen Stolberg, die Majorität, die in dieser Frage gesichert ist, an den preussischen Conflict zu erinnern, der durch die Indemnitätsvorlage beseitigt ist. Man könnte sonst auch zeigen, daß es damals Parteien gegeben hat in Preußen, die nicht mit demselben Eifer die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung hochgehalten haben. Ich neige mich dem Vorschlag des Abg. von Bennigsen zu, daß man eine wirksame Waffe nur erhalten kann durch die Matricularbeiträge und eine oder einige zu bewilligende indirecte Steuern. Der Reichskanzler hat sich auf ein Wort Miquels bezogen, nämlich, daß 100,000 Thüringer so viel bezahlen müßten, wie die 100,000 reichen Hamburger. Das wäre richtig, wenn die 100,000 Hamburger und die 100,000 Thüringer nur als eine Durchschnittsquote sich gegenüber ständen. Sippe-Deimold hat genau dieselbe Klassen- und Einkommensteuer wie Preußen. Dieses Sippe-Deimold stelle man dem reichen Bremen gegenüber. In Preußen zahlt bei der ganzen Klassen- und Einkommensteuer jeder Bewohner 2 1/2 Mark der Steuer und in Sippe-Deimold 2 1/2. Die Leistungsfähigkeit ist also dieselbe. Die Hauptfrage ist die: steht Preußen auf gleichem Niveau in dieser Beziehung wie die anderen Staaten? Wenn man die Hamburger und Bremer weiter verfolgt in Bezug auf ihre Leistungen für das Reich, so will ich nur die Wechselstempelsteuer hervorheben. Im Jahre 1873 hat Sippe-Deimold 4000 Mark damit beigetragen, Hamburg 853,000 Mark und Bremen 286,000 Mark, dagegen Sachsen-Weimar 162,000 Mark. Wir haben also bereits die Länge, um den reichen Hamburger und Bremer zu fassen. Ich bin schon 1875 oder 1876 der Verleugung der Matricularbeiträge entgegengetreten. Sie gefallen mir zwar auch nicht, aber erst zeigen sie mir etwas Besseres, bis dahin halte ich daran fest.

Graf Stolberg veranlaßt mich, hier noch einmal auf die Frage der directen und indirecten Steuern einzugehen. Er hat gesagt, wenn man ein Gebiet kennt, ist man auf demselben immer conservativ. Wer ist denn auf diesem Gebiete conservativ? Ich bin da ein Reactionär gegen den Grafen Stolberg, ich will die alte Fahne nicht verlassen; er treibt eine vollständige — ich will nicht sagen revolutionäre, aber ungemein reformatorische Zollpolitik. Nun sagt er, der Volkseinkommen hat abgenommen, ergo Zoll. Ich will ihm ein Wort des alten Fritz, auch eines altpreussischen Conserbativen, entgegenhalten, das er über die Fleischsteuer zu den Regisseuren gesagt hat: „Es ist mir unmöglich, zu dieser Steuer auf fremdes Schlachtvieh meine Einwilligung zu geben, sie ist für den gemeinen Mann zu drückend. Ihr müßt sonst einen accisibaren Artikel auffinden, bei dem man sich erholen kann.“ (Sehr gut.) Graf Stolberg will die indirecten Steuern als Erziehungsmittel für die Arbeiter benutzen, weil er das Geld für die directen Steuern bis zu ihrer Entlastung in die Schänke getragen hat. Seine Theorie wäre vielleicht discutabel, wenn es sich darum handelte, ob ein Arbeiter täglich einen Silbergroschen an indirecten oder monatlich einen Thaler an directen Steuern bezahlen solle; wie aber, wenn die Frage so steht, ob der Arbeiter täglich fünf Silbergroschen an indirecten, statt monatlich einen Thaler an directen Steuern bezahlen soll? Wenn der Arbeiter am Schluß des Jahres seine Rechnung aufmacht und sieht, daß er für Petroleum, Speck, Heringe, Brot u. s. w. fünf- bis sechsmal soviel bezahlen muß an indirecte wie an directe Steuer, wird ihm das gleichgültig sein? Mit der Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel für den Arbeiter drücken Sie die Productions- und Concurrenzfähigkeit des Landes herab. Zudem haben unsere Concurrenten, weder Frankreich noch Oesterreich, einen solchen Zoll auf die notwendigen Lebensmittel. Vor 1806 wurden in Preußen zwei Drittel an indirecten und ein Drittel an directen Steuern erhoben. Da geriethen die Staatsfinanzen in die größte Zerrüttung, weil die Productions- und Consumtionsfähigkeit des Volkes und damit die indirecten Steuern ungeheuer gesunken waren.

Die ostpreussischen Kreisstände gerade in dem Wahlbezirk des Abgeordneten Grafen Stolberg petitionirten damals an den König nach Berlin, man möge diese indirecten Steuern abschaffen und endlich eine directe Steuer nach der Leistungsfähigkeit der Census einführen. Das war der Keim jener glänzenden Steuerreform, welche wir heute leider noch vertheilgen müssen. Nicht der Finanzminister v. Kiewitz, von welchem gestern der Reichskanzler gesprochen hat, sondern Stein, Hardenberg, Humboldt, Hoffmann, Maack haben jene Steuerreform geschaffen, die hinsichtlich immer die Grundlage der unferigen bleiben wird. Im Jahre 1820 zahlte der preussische Bürger, selbst wenn man den verschiedenen Werth des Geldes außer Betracht läßt, mehr an directen Steuern als jetzt, und er zahlt auch weniger als der Bürger jedes anderen civilisirten Landes der Welt. Wenn Sie die Finanzpolitik des Reiches, der Einzelstaaten und der Communen an die indirecten Steuern knüpfen wollen, dann haben Sie eine größere Anarchie als jetzt. Bei einem plötzlichen Rückgang der indirecten Steuern in Zeiten der Noth wird man wie damals in Preußen doch wieder auf die directen Steuern zurückgreifen müssen. Das Programm des Fürsten Bismarck auf Befreiung der directen Steuern kann ich nicht so harmlos nehmen wie Graf Stolberg. Das ist der Anfang einer großen, tiefgreifenden Bewegung, zu der ich gleich Anfangs Stellung nehmen muß, wenn auch leider eine andere als der Abg. v. Bennigsen. Wir werden zwar Ausland, Frankreich, Oesterreich und Nordamerika nicht zu einer freihändlerischen Politik befehlen können, aber auch Sie zu Ihrem Zolltarif werden das nicht durchsetzen. Ueber Ihre Kornzölle würde sich Niemand mehr als die russische Regierung und die russischen Kaufleute freuen, unsern blühenden Handel und unserer Arbeiterbevölkerung würden wir aber damit die Kraft entziehen. Die nordamerikanischen Zollmauern haben

gerade zum Verderben der dortigen Industrie gereicht, Nordamerika konnte freilich eine Million brodloser Industriearbeiter auf den Getreidebau in den Lauffinden des Westens anweisen.

Ein solches Ausfallsmittel haben wir aber bei einer gleichen Calamität nicht. Wir werden dann wieder zu den directen Steuern greifen müssen. Wir brauchen aber auch keine Furcht vor diesem amerikanischen Getreide zu haben, denn nach Aussage von Kennern der dortigen Verhältnisse wird Amerika den dortigen Ackerbau nicht länger als 5 bis 6 Jahre betreiben können. Wir sind in Preußen seit 1820 nicht, wie der Reichskanzler sagt, ohne diese Steuerreform geblieben, haben vielmehr 1851 die klassifizierte Einkommensteuer und im Jahre 1861 die im Interesse unserer Wehrkraft viel leichtigere, aber gegen den Grundbesitz ungerechte Steuererhöhung um 20 bis 25 pCt. votirt, gegen die Stimme des Abg. v. Jordanbeck. (Heiterkeit.) Wir haben mit Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer der Reform der Klassensteuer die Wege geebnet, indem wir Stadt und Land auf gleiches Niveau brachten. Mit der Ueberweisung der Stationen an die Provinzen endlich haben wir schon den Anfang zur Entlastung des allerdings überlasteten Grundbesitzes (Hört! recht!) gemacht. In dieser Richtung habe ich selbst 1872 im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Camphausen'schen Finanzreform gegen die Stimmen der Rechten beantragt, die Gebäudesteuer an die Communen zu überweisen, und das Haus eruchte die Regierung, hierauf möglichst Bedacht zu nehmen. In einer rationellen Steuerreform aber kamen wir in Preußen nicht, weil uns jeder bewegliche Factor in den directen Steuern fehlte. Ohne einen solchen kann kein Finanzminister eine Steuerreform vorschlagen, weil er nicht weiß, wie er die Ausfälle decken soll. (Sehr richtig! links.) Das erkennen jetzt auch endlich die Conserbativen an, die es früher immer betäubten.

Bezüglich der Tarifvorlage bin ich ebenso negativ wie Lasker, wenn man es ein negatives Programm nennen darf, Einnahmen bis zur Höhe der Matricularbeiträge bewilligen zu wollen, um die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten zu stärken. Bleibt allerdings dieser der früheren Tarifpolitik Preußens widerprechende Tarif so wie er jetzt ist, mit Korn- und Holzoll, dann freilich werden ich und mehrere unserer Partei mit Lasker schließlich dagegen stimmen. Das ist die Folge der Verkopplung von Finanz- und Schutzpolitik. Sie verlangen die Schutzölle nur im Interesse der nationalen Arbeit und nicht der Finanzen. Darum trennen Sie diese beiden Gegenstände. Wir werden nur Finanzölle bewilligen. Das ist keine Theorie, sondern die Praxis, die sich in den meisten constitutionellen Staaten entwickelt hat, wenigstens in Bezug auf Korn- und Holzölle. Der Abg. Dechelbauer hat gesagt, daß uns zugemuthet würde, die Grundsätze von 1818 zu verlassen und die sich daran anschließende 60jährige Entwicklung. Das ist etwas Anderes, als wie es der Reichskanzler hingestellt hat. Diese Grundsätze liegen allerdings in der Gesetzgebung vom Jahre 1808. Eine Instruction für die Regierungen in Preußen vom 26. December 1808 bestimmt, „daß kein Gewerbe durch besondere Unterfällungen zu begünstigen, aber auch keines in seinem Betriebe beschränkt werden soll. Daneben sei Leichtigkeit und Freiheit des Handels sowohl im Inland als mit dem Ausland ein notwendiges Erforderniß zur Beförderung der Industrie.“ Mit diesen Grundsätzen vergleiche man die Rede des Abg. v. Barnhölzer, der die längst zu den Acten gelegte Arbeitstheilung zwischen den Nationen wieder einführt und als Ideal unserer zukünftigen Zollpolitik begründet. Diese Grundsätze, welche im Jahre 1808 von Altenstein, Stein und Hardenberg proclamiert wurden, hat der damals zu Boden geschlagene preussische Staat durchgeführt zu einer Zeit, wo England und Oesterreich und Ausland ebenfalls von Zollschranken starren. Damals gab es preussische Staatsmänner, welche sich genug diesem verrohten Zollsystem den großen Gedanken des freien Austausches zwischen den Völkern entgegensetzten und dadurch Preußen an die Spitze und Führerschaft Deutschlands hinaufbrachten. Hofmann sagt in seinem Buch über die „Grundsätze der preussischen Finanz- und Zollpolitik vom Jahre 1845, daß der Zolltarif von 1818 nur den einen Fehler gehabt habe, daß er zu wenig fähig gewesen sei. Wenn das kleine Preußen unter ungünstigen Verhältnissen damals so fähig sein konnte, so sollten wir doch heute nicht bei einer Industrie, die dem Auslande gegenüber concurrenzfähig ist, zu derartigen Zollmauern greifen.

In Bezug auf die Landwirtschaft überrascht es mich, daß wir uns jetzt so feindlich gegenüberstehen. Am 15. Mai 1870 traten Graf Lehnhorst-Steinort, von Wedemeyer, von Behr, von Jordanbeck, Prince-Smith und ich in Berlin zusammen zur Gründung einer sog. freihändlerischen Vereinigung. Im Jahre 1873 waren die Herren Alle mit uns auf der äußersten Linken gegen die Schutzölle und wollten damals nur Finanzölle bewilligen. Damals schrieb Freiherr von Thüngen in der „Mugsburger Allgemeine“, mehrere Artikel über die Steuerreform in Baiern, in denen er sagte, an eine Steuerreform könne man nur herangehen, wenn man gute allgemeine Gesichtspunkte aufstelle. Einer derselben lautete: „Die Steuer darf nicht unentbehrliche Lebensmittel treffen oder doch nur so unmerklich, daß sie nicht drückend wird.“ (Heiterkeit.) Herr von Thüngen kommt zu folgendem Schluß: „Es giebt nur eine directe Steuer, welche alle diese Forderungen erfüllt, die allgemeine progressive Einkommensteuer nach Procenten des reinen Einkommens.“ Jetzt verlangt man von uns, daß wir die Schwenkung von dem Ideale der reinen Einkommensteuer und von der Verwerfung des Grundgedankes der Vertheuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse zu diesem Tarif mit seinen Korn-, Vieh- und Schutzolln mitmachen sollen. Wir werden es nicht thun. Die Landwirthe haben auch früher, als die Getreidepreise hoch waren, geklagt, die Landwirtschaft habe keinen Vortheil, weil die Industrie überproduciert, weil sie ihr die Arbeitskräfte entziehe. Herr von Thüngen sagt hierüber am 23. December 1873: „Diese Erhöhung der Getreidepreise ist nicht die Folge eines durch geistige Nachfrage und verminderter Angebot erhöhten Werthes des Getreides, sondern einfach die Folge des gesunkenen Geldwerthes. In gleichem Verhältnis wie die Körner sind alle übrigen Bedürfnisse im Preise gestiegen; was der Landwirth durch die höheren Körnerpreise gewinnt, muß er doppelt und dreifach für die fast unerschwinglich gewordenen Arbeitslöhne für Eisen, Maschinen u. s. w. wieder hingeben.“ (Hört! Hört!) Was Herr von Thüngen damals gesagt hat, wird das Resultat dieses Zolltarifs sein. Der Landwirthschaftsrath hat vollständig Recht, wenn er sagt, daß dieser Zolltarif sich nicht im Namen der Landwirthschaft präsentiere, sondern daß er ein Tarif zum Schutz der nationalen Arbeit sei, soweit sie einzelnen Industrien zu Gute kommt, und daß die Landwirthschaft das zunächst zu bezahlen habe. Die Landwirthschaft wird in der That die See zu bezahlen haben.

Ich stimme mit dem Vorredner darin überein, daß uns die allgemeine Discussion, wo Theorien gegen Theorien stehen, einander nicht näher bringen wird. Das Schwerkgewicht liegt in der Specialdiscussion. Ich komme zu einem Punkt, der mich als Vertreter der Ostprovinzen ganz besonders trifft. Seit dem Bekanntwerden des Tarifs herrscht eine tiefgehende Unruhe gerade in den Küstenstrichen in den altpreussischen Provinzen. Ich mache der Bundesregierung, namentlich der preussischen, den Vorwurf, daß man die ganze, große Ostsee in Bezug auf ihre Interessen, wie es mir scheint, gar nicht gehört hat. Soll das für uns etwas Ernüchterndes haben, wenn die Vertreter der großen Seestädte ihren Schutz suchen müssen bei dem Vertreter der Hansestädte, dem allerdings schneidigen und benährten Dr. Barth der sich ihres Interesses angenommen hat, wenn, soweit ich unterrichtet bin, weder die preussische noch die Bundesregierung bei dieser Mobilität mit keinem Worte gefragt hat bei dem Getreide- und Holzverkehr, wie wird die Sache sich gestalten, wenn dieser Tarif angenommen wird, ohne einer Lebensinteresse auf das tiefste zu gefährden? So viel sind die altpreussischen Interessen doch noch werth, daß man sie hört, bevor man eine solche Entscheidung trifft. Der Präsident des Reichsfinanzamts hat meine Bitte nicht erfüllt, sich mit den betreffenden Corporationen in Verbindung zu setzen. Herr v. Barnhölzer nur hat als Vorsitzender der Tarifcommission in Stettin und Danzig angefragt, wie sich die Durchschnittspreise von Getreide gestellt hätten in diesem und diesem Jahr, das war Alles. Die gestrige Erklärung eines Vertreters der Regierungen, daß bei dem Durchgangsverkehr mit Getreide und, wie ich annehme, mit Holz, die Identität festgehalten werden müsse, hat eine solche Ernüchterung in meiner Vaterstadt erregt, daß ich vielfach schriftlich und mündlich gefragt worden bin, ob man wirklich so leichten Herzens über derartige Interessen hinweggehen wolle. Das Princip der Identität ist nicht immer aufrecht erhalten worden. Alle Sachverständigen bei uns in Danzig, Königsberg und Memel haben mich auf das positivste berichtet, daß von 1861 bis 1865 die Identität nicht festgehalten worden ist, sondern daß dort ein ganz einfaches Verfahren Regel gewesen ist, daß der Importeur bei Getreide, wenn er es über die Grenze besam, die betreffende Summe zur Last erhielt, und daß in dem Momente, wo er das Getreide verkaufte, es ihm abgeschrieben wurde, und wenn er den Nachweis führte, daß das Getreide wieder hinausging, so wurde die Sache einfach aus den Büchern wieder gestrichen und er bezahlte den Zoll nicht.

Man hat damals gemischt, wie man mischen muß, im Interesse der Landwirtschaft. Wollen Sie die Identität festhalten, so ist der ganze Handel mit Getreide an unseren Ostseefähren ohne weiteres vernichtet, das ist das Biotum der Ostseeprovinzen. Der Vertreter der Regierung hat gesagt, das hätte finanzielle Bedenken. Warten Sie einmal, bei der Frage der

Rückvergütung werden Sie noch finanzielle Wunder erleben. Dies hat aber niemals finanzielle Bedenken gehabt. Ich hoffe, die Majorität wird dieses Unrecht nicht mitmachen, sondern wird die Bundesregierungen dazu bestimmen, daß man wenigstens den Handel, der unbeschadet der ganzen inneren Production sich darauf beschränkt, das Getreide, welches an der russischen Grenze ankommt, zu empfangen und dann in das Ausland zu exportieren, der Laufende auf gute und reibliche Weise ernährt, um kleiner finanziellen Bedenken willen nicht auf das Spiel setze. Die frühere Besteuerung ist gehandhabt worden nicht auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1867, sondern auf Grund des Vertrages von 1825, den wir mit Ausland abgeschlossen hatten, und die Regierungen waren damals — das wird der Abg. Delbrück bestätigen — in der That coulant, weil sie wußten, was auf dem Spiele stand. Ich richte an den Präsidenten des Reichsfinanzamts die Bitte, er möge noch heute an die Provinzial-Steuerdirection telegraphiren und fragen, ob es möglich wäre, mit Aufrechterhaltung der Identität jenen großen Handelszweig aufrecht zu erhalten. Ich bin überzeugt, daß man mit Nein antworten wird, wenn man die Sachkenntnis hat, wie ich. Nun hat, ich glaube der Abg. v. Bennigsen gesagt, man müsse beim Holz Transitlager schaffen. Das ist unausführbar. Ich hoffe, Sie werden den Zoll auf Holz überhaupt nicht annehmen. Ja, der preussische Etat der Einnahmen aus den Forsten war 1871 niedriger als die Veranschlagung für 1879/1880. Die Summe für 1878/79 hat zwar einen Rückgang erfahren, aber gegen die Gründerzeit von 1873—1875. Die Preise dieser Zeit können Sie nicht zurückbringen, aber sonst sind die Einnahmen aus den preussischen Forsten stets gewachsen.

Ich hoffe also, der Holzoll wird nicht so fest im Tarif stehen. Aber jetzt möchte ich Ihnen bloß an der Karte klar machen, was es hieße, wenn Sie Lager im Transit machen wollten, für Holz in Danzig. Hier der Redner entfaltete eine Karte, die die Stadt Danzig und hier mit dem Arm von 2 1/2 Meilen wollen Sie Lagerplätze für Holz machen, Transitlager! (Heiterkeit.) Wie der Finanzminister sich seine Beamten schaffen will, weiß ich nicht. Mit dem jetzigen Beamtenstande kann die Zollreform nicht, wie der Reichskanzler in einem seiner Briefe meint, durchgeführt werden. In Frankreich hat man durch die mäßigen Zollbefreiungen in den 60er Jahren 8 pCt. an Besoldungen für Beamte gespart; wie will man also mit dieser durchgreifenden Zollerrhöhung ohne Vermehrung der Beamten durchkommen! Die vom Reichskanzler verheißene Erhöhung der Beamtengehälter würde bei nur 150 Mark Zulage in Preußen mit 72,000 Beamten 11—12 Millionen und mit Zurechnung der Reichsbeamten 20—25 Millionen erfordern. Dazu kommt das Unterrichtsgesetz, die schönen Kanäle und Eisenbahnen, die man bei den letzten Wahlen in Aussicht gestellt hat. Die Summe wird sich also auf dem Gange von hier zum Dönhofsplatz noch in verschiedenen andern als dem Kriegsministerium vertheilen, und ich möchte um Garantien dafür bitten, daß die Mehrbewilligungen den einzelnen Staaten an Einnahmen wieder zu gute kommen. Indessen bitte ich, den Reichsfinanzamtspräsidenten um sein Wohlwollen und ein warmes Herz für die Interessen des Handels und unserer Ostküste. Dort fürchtet man allgemein die Vernichtung unseres Handels, wenn dieser Zolltarif unverändert bleibt. Ich will die Trostlosigkeit und Muthlosigkeit, die dort, namentlich in Memel herrscht, nicht schildern, ich könnte Ihnen sehr interessante Briefe darüber vorlesen. In meiner Vaterstadt aber liegen gegenwärtig 80 Schiffe und werden nicht in Dienst gestellt, weil wir durch den Schutz der nationalen Arbeit in den schlesischen Kohlen den Transport verloren haben, und weil Niemand mehr die Kosten der Indienststellung wagt, da unser Holzhandel verloren ist, wenn Sie den Zoll bestehen lassen und gar den Nachweis der Identität verlangen.

Diese Memeler und Danziger Schiffe sind nur auf den Holztransport gebaut, und Sie können unsere Ostsee-Flottille zum großen Theil zum Drengehen gebrauchen, wenn dieser Tarif durchgeht und der Holzhandel wie in der Tarif-Commission behandelt wird. Das sind nicht Uebertreibungen, sondern bittere Thatfachen und Wahrheiten. Der Abg. von Bennigsen hat, obwohl er anerkennt, daß unsere Forderungen gerechtfertigt seien, einen patriotischen Appell an die Bewohner der östlichen Provinzen gerichtet und uns in Erinnerung gebracht, daß wir mit dem deutschen Vaterlande verbunden seien zu Freud und Leid. Der Präsident des Reichsfinanzamts hat uns ermahnt, uns von dem wirtschaftlichen Particularismus abzustreifen. Ich nehme als Vertreter einer östlichen Provinz für uns das Recht in Anspruch, unsere natürlichen Kräfte nach unserer Lage gebrauchen zu können, und verlange eine Zollgesetzgebung, welche auch dieser armen, im äußersten Winkel des Vaterlandes liegenden Provinz die Existenzfähigkeit nicht nimmt. Ich hoffe, die Majorität wird Ohr und Sinn für diese Forderung haben, wenn wir zur Specialberatung kommen. Die Ostseeprovinzen und namentlich die Provinzen Preußen können nach der Geschichte das Zeugnis eines jederzeit bereiten Patriotismus verlangen. Die Stats ihrer Städte laboriren noch heute an den Folgen der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts. Sie haben stets ihr partiales Interesse auf dem Altar des Vaterlandes geopfert, und die Entstehung des Zollvereins, obwohl er ihre Interessen gefährdete, als einen Keim des nationalen Staates mit Freuden begrüßt. Unsere großen Zuderraffinerien, die bestanden, als wir die Einfuhr des Colonialzuckers hatten, haben wir im Interesse der inländischen Industrie und des Ackerbaues geopfert. Wir haben seit Decennien für unsere Landwirtschaft das Eisen hoch verzollt, obwohl wir nach unserer natürlichen Lage es billiger haben konnten. Wir haben unsere altpreussische Justizorganisation den neuen Justizgesetzen geopfert. Wir werden weiter die Wacht für den nationalen Gedanken dort oben halten, aber wir wollen auch mit unseren berechtigten Interessen gehört werden, wir wollen nicht, daß die Arbeiter der östlichen Provinzen durch diesen Tarif brotlos werden. Wir können nicht das Opfer unserer Lebensfähigkeit bringen. Dieser Tarif bringt keinen Fortschritt in der nationalen Einigung, sondern damit wird uns die Parole des Kampfes gegeben, den wir bis zur Befreiung des Landes fortzuführen werden. Zerstückung bringt dieser Tarif in die Nation. Also vermindern Sie die Schutzölle möglichst und brechen Sie noch im letzten Moment dieser Theorie vom Schutze der nationalen Arbeit die Spitze ab. (Beifall links.)

Bundescommissar Geh.-Rath Burchard constatirt, daß er in der Zusammenstellung des Tarifentwurfs, die von dem Verein für Handelsfreiheit ausgegangen, nicht bloß drei, sondern erheblich mehr Fehler gefunden habe. Er habe aus diesen nur drei hervorgehoben, weil diese, als Zahlenfehler, sich sofort controliren ließen. Jedenfalls müsse er warnen, da, wo es sich um exacte Zahlenangaben handle, das genannte Buch zu benutzen. Wenn der Abg. Richter darauf hingewiesen habe, daß auch die Uebersicht der Regierungsmotive Fehler enthalte, so sei dies bei einer so umfangreichen Arbeit sehr wohl möglich; der von ihm gerügte Mangel eines Fußfahes im Text sei aber nicht vorhanden. Die Zusammenstellung der Regierung habe — wie auf der ersten Seite ausdrücklich hervorgehoben sei — nur den Zweck gehabt, die tarifrechtlichen Veränderungen seit 1860 erkennbar zu machen und deshalb sei absichtlich die eingetretene Aenderung des Tariftextes nur dann angegeben worden, wenn sie eine erhebliche Bedeutung für die Höhe der Zollbelastung hatte. Ueberdies dürfe man nicht übersehen, daß die Uebersicht der Regierungsvorlage, welche die Zölle von drei verschiedenen Perioden einander gegenüberstellt, erheblich größere Schwierigkeiten bot als die mehrfach erwähnte Privatarbeit mit ihren erheblichen Irrthümern. Auch die Behauptung, daß vom Regierungssitze gegen die Ausführungen des Abg. Delbrück nur drei Ausstellungen hätten gemacht werden können, sei unrichtig. Redner hat darauf hingewiesen, daß er sich für die Specialberatung ein näheres Eingehen auf jene Ausführungen vorbehalte. Bei der etwas lebhaften Schilderung der Gefühle, die den Landmann in Ostpreußen bewegen würden, wenn er alle seine Lebensmittel vertheuert sehe, habe der Vorredner auch die Serringe genannt, als wenn auch diese eine Zollerrhöhung erfahren sollten.

Dies sei keineswegs der Fall, und wenn auch die Sache an sich kleinlich erscheine, so bitte er doch, auch in den allgemeinen Ausführungen der Generaldebatte möglichst alle unzutreffenden Angaben zu vermeiden. Das Princip der Identität der Waaren bei Ausfuhrvergütungen beruhe in Preußen auf den Gesezen vom 23. Januar 1838 und 1. Juli 1869 und sei immer auch bei der sehr starken Getreideabfuhr durch Danzig zur Zeit der Getreideölle, 1861—1865, festgehalten worden, wie die dortigen Provinzial-Steuerdirectoren aus jener Zeit bekundet hätten, freilich unter möglicher Erleichterung des Nachweises der Identität. Ebenso sei damals der Transit- und Veredelungsverkehr mit zollpflichtigen Holzern, die die Weichsel herabfuhren, in Folge der gewährten Erleichterungen und der in dem Veredelungsentsprechenden Zahl errichteten Transitlager gestiegen. So werde es auch in Zukunft sein, und die Regierung würde allen Erleichterungen des Verkehrs zu Gunsten des Transits und der Veredelung, soweit sie mit dem Princip der Identität vereinbar wären, gern zustimmen.

Commissarius des Bundesrats Mayr: Ich acceptire den Ruf „auf Wiedersehen bei der Specialdebatte“, ich will auf Specialitäten, Studien über directe und indirecte Steuern nicht eingehen, sondern nur auf den Punkt wegen des amerikanischen Getreides eingehen. Der angelegte Ackerbau in Amerika wird nicht in ein paar Jahren aufhören; er wird immer weiter nach dem Westen verlegt werden und die Felder, auf denen er bisher getrieben, werden nicht unfruchtbar; man baut Getreide und treibt das neben eine rationelle Viehzucht. Man kann also eine Vermehrung des amerikanischen Imports stets noch erwarten. Würde die Calamität nur ein

darf Jahre dauern, dann müßte man erst recht hohe Zölle auflegen, nach dem Aufhören des Imports könnte man sie herabsetzen. Eine Trennung der Finanzzölle und Schutzzölle ist gar nicht möglich, deshalb ist eine Trennung der Vorlage in diese beiden Klassen oder eine getrennte Beratung der Zölle nicht zweckmäßig. Die hier citirte Schrift von Hofmann datirt aus dem Jahre 1850; wollte Herr Ridert auf den damaligen Tarif eingehen, dann würden wir uns sehr leicht einigen. Wenn dann dem Herrn von Büdingen ein Widerspruch gegen seine früheren Ansichten hinsichtlich der directen Steuern nachgewiesen werden sollte, so kann ich mittheilen, daß derselbe für die Einkommensteuer eintrat unter der Voraussetzung, daß die in Bayern sehr hohe Grundsteuer beseitigt werde. An dem Holzoll sollen nun die Einzelstaaten nicht sehr interessiert sein; aus summarischen Ueberichten der Forstverwaltungen, die Brenn- und Kuppel zusammenfassen, kann man nichts entnehmen; der Zoll soll nur auf Bau- und Kuppelholz gelegt werden. In den bayerischen und württembergischen Staatsforsten wird weniger Bauholz geschlagen, weil sich niedriger Preise kein Käufer findet. Die Summe des Ertrages kommt nicht in Betracht, denn viele Waldungen sind erst in letzter Zeit dem Markt erschlossen worden. Wenn dann der Abg. Ridert meinte, die neue Zollpolitik werde den Kampf hervorgerufen, nicht die Ruhe; was wird die Ruhe mehr fördern, wenn man die Mehrheit befriedigt, oder wenn man die Interessen der Minorität berücksichtigt? Wenn die Mehrheit gewinnt, gewinnt auch die Minorität; die Furcht vor dem Kampf kann uns nicht abhalten, das zu thun, was die nationalen Bedürfnisse der Industrie und der Landwirtschaft erheischen. (Beifall rechts.)

Bundesbevollmächtigter von Meißner-Wallwitz: Es liegt mir daran, Mißverständnisse zu beseitigen, zu denen einige meiner Bemerkungen Veranlassung gegeben haben. Der Abg. Ridert hat eine meiner Aeußerungen zu aufgefaßt, als hätte ich gesagt, daß ich während der Generaldebatte nichts Neues gehört und meinerseits hätte zu Hause bleiben können. Dies habe ich nicht beabsichtigt zu sagen und habe es auch nach dem stenographischen Bericht nicht gesagt. Es ist zwar mein Beruf, als Bundesbevollmächtigter den Verhandlungen des Reichstags beizuwohnen, aber ich bekenne, daß ich dieser Verhandlung nicht allein mit großem Interesse beigewohnt habe, sondern auch dabei viel gelernt habe. Etwas Anderes aber ist es für Minister, welche zu Hause ein volles Maß von Arbeit auf ihren Schultern haben, ihren Aufenthalt für längere Zeit in Berlin zu nehmen, um den Verhandlungen zu einer Zeit beizuwohnen, wo meiner Ansicht nach sachliche Aufklärungen und sachliche Beschlüsse von den verbündeten Regierungen der Natur der Sache nach nicht zu fassen sind. Das zweite Mißverständnis betrifft einen von mir in Bezug auf die Aeußerungen des Abg. Ridert gebrachten, von dem Präsidenten als unparlamentarisch bezeichneten Ausdruck. Es ist mir erst nachträglich klar geworden, daß man den Ausdruck „der Abg. Ridert habe seinem gegen die Regierung gerichteten Vorwurf einen schändlichen Ausdruck gegeben“ so aufgefaßt hat, als wollte ich den Abg. Ridert einen schändlichen Richter beileiden. Ich habe den Ausdruck so aufgefaßt und geordnet, Richter beileiden. Ich habe den Ausdruck so aufgefaßt und geordnet, Richter beileiden. Ich habe den Ausdruck so aufgefaßt und geordnet, Richter beileiden.

Persönlich bemerkt Abg. Ridert (Hagen): Ich erkenne an, daß der Herr v. Meißner-Wallwitz das Wort „schändlich“ nicht auf meine Redeweise bezogen, sondern gemeint hat, daß ich die Regierung schändliche Motive zu geschoben hätte. Aber auch dies ist nicht richtig. Ich wurde in jener zwei Monate zurückliegenden Sitzung durch einen Jargon aus dem Hause unterbrochen, dessen Inhalt im stenographischen Bericht nicht angegeben ist. In diesen Jargon anknüpfend sagte ich: Wenn Ihnen Ihre Grenzen fürs Geld feil ist, dann ist das Loos der Mittelstaaten gefallen. Meine Ausführung war also nur conditionell.

Abg. Meißner: Der Abg. Ridert hat in Bezug auf einen Schlussatz meiner geistigen Rede gesagt, wenn ich gesonnen sei, aus dieser Tonart meine Beweisführung herzunehmen, so lehne er jede Gemeinschaft mit derartigen Deductionen ab. Ich halte den gestern gesprochenen Satz unverändert, kann ihn aber jetzt nicht ausführlich motiviren. Die Tonart war aber sehr stark insulirt von der Lebensart, welche der Abg. Ridert während meiner Rede entwickelte in dem lauten Gespräch mit dem Abg. Vaster u. A. Ich mußte meine Stimme so anstrengen, daß sie noch heute davon insulirt ist. (Heiterkeit.) Der Abg. Ridert hat dann gesagt, ich hätte verächtlich von dem nationalen Sinn der Seefstädte gesprochen; das muß ich entschieden zurückweisen; das ist eine arge Verdrehung und Verfälschung meiner Worte. (Rufe: zur Ordnung!)

Präsident v. Jordan bedrückt den Redner wegen der zuletzt gebrachten Worte zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Vamberger (persönlich): Der Graf Stolberg hat gemeint, eine Aeußerung, die ich über den Zusammenhang zwischen agrarischen und socialistischen Elementen gethan habe, habe eine Trennung dieser Gesinnungsgenossen vom Reichstagsler bezweckt. Ich habe damals, wie ich ausdrücklich hervorhebe, nur von Agrariern und Socialisten außerhalb des Hauses gesprochen. Ich überlasse aber auch meine Kräfte nicht so, daß ich glaube, es würde mir gelingen, das neu geknüpfte Band zwischen dem Graf Stolberg und seinen Gesinnungsgenossen zu zerreißen. Ich habe nichts Derartiges gesagt, sondern nur zu zeigen gesucht, wie die socialistisch-agrarischen Anfänge einer Bewegung, die weit zurückzuführen, jetzt sich in dem Reichsgedanken verflochten haben, eine Frontveränderung in denselben nachweisen. Der Abgeordnete hat in einer eingehenden sachlichen Widerlegung, für die ich ihm als für einen Beweis seiner Aufmerksamkeit für meine Rede dankbar bin, einen Zusammenhang zwischen meiner Auffassung von Dingen und meiner persönlichen Lebensstellung gefunden. Das begegnet mir sehr oft und wird mir noch sehr oft begegnen. Ich bin für die kleinen Stacheln, die den sachlichen Bemerkungen untergelegt werden, nach dem Rath unseers Präsidenten nicht so empfindlich, da ich selbst manchmal nach rechts oder links treffe, und um so weniger empfindlich, weil ich mir sage, wir kommen aus den verschiedensten Stellungen des Lebens zusammen, kennen uns sehr wenig persönlich, und Mancher, der glaubt, einen Gegner von einer gewissen Individualität vor sich zu haben, weil er ihn so nach der Schilderung der Blätter aufpaßt, würde lächeln, wenn er ihn näher, besonders nach der Vergangenheit, kennen lernte.

Abg. Ridert: Sie werden es natürlich finden, wenn ich aus den von mir angegebenen Gründen darauf verichte, dem Abg. Meißner zu antworten. Seine Aeußerung in Bezug auf die Debatte habe ich allerdings mißverstanden und freue mich, dies constatiren zu können. Dem Regierungs-Commissar bemerke ich, daß ich die Sätze allerdings als einen lapsus preisgebe, ich habe aber noch verschiedene andere Dinge genannt.

Abg. Dr. Vaster: Ich weiß nicht, warum mich der Abgeordnete Meißner in eine persönliche Bemerkung hineingezogen hat, da ich während des größten Theiles seiner Rede lediglich wegen Ermüdung außerhalb des Saales war.

Abg. Meißner: Ich bemerke dem Abg. Vaster, daß ich gestern verschiedentlich seine laute Stimme während meiner Rede an meine Ohren habe klingen hören. (Anrufe.) Ich kann es nicht anders als tendenziös nennen, wenn mir der Abg. Ridert, als ich auf die Tribüne ging, zurief: „Sie haben gar nicht das Wort.“

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Ridert, der die Finanzzölle (in Position 25 „Materialwaaren“ enthalten) und die Position 29: Petroleum, einer besonderen Commission von 28 Mitgliedern überweisen will, im übrigen sich dem Vorschlag des Abg. Meißner anschließt, abgelehnt; dagegen werden dem Vorschlag des Abg. Meißner (Bachum) gemäß folgende Positionen einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen: Baumwolle, Blei, Drogen, Glas, Haare, Kaupf, Leder, Leinen, Materialwaaren, Papier, Petroleum, Seide, Stroh- und Bastwaaren, Thonwaaren, Wachstuch, Wolle, Zink und Zinn.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Brau- und Tabaksteuer.)

Berlin, 9. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem deutschen Consul Th. A. L. Weber zu Apia auf den Samoa-Inseln den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichtsrath W. L. v. Zisterburg den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Justiz-Rath, Rechtsanwalt und Notar Peters zu Wittenberg und dem Kataster-Controllor, Steuerinsp. Thelen zu Strunkhausen im Siegfriede den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Ober-Steuerinsp. A. D., Steuerath Voigt zu Greunach den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Ober-Hof- und Domprediger v. Hengstenberg zu Berlin das Kreuz der Comthure des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem Schullehrer Paymeyer zu Westerhausen im Kreise Hersfelden den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem Hofrath Johann Lerch zum Hofhofen im Lande Heßeln das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Sergeanten Böhle im Pionnier-Bataillon Nr. 15 die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Geheimen Kriegsrath und vortragenden Rath im Kriegs-Ministerium, Kreidel, zum Wirklichen Geheimen Kriegsrath und Rath 2. Klasse, und den Consistorial-Rath Dr. Ebert in Kassel zum Metropolitane der Stadt Kassel ernannt; ferner dem Consistorial-

sekretär, Kanzlei-Rath Lemon zu Hofen bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Geheimer Kanzlei-Rath, und dem Kataster-Insp. Steuerath Clotten in Trier den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath verliehen.

Der seitberige Kreiswundarzt Sanitätsrath Dr. Wachs zu Wittenberg ist zum Kreisphysikus des Kreises Wittenberg ernannt worden. — Die Hauptleute a. D. Lange und Podlasly, sowie der Intendantur-Referendar Keil sind unter Ueberweisung zu den Intendanturen des XI., beziehungsweise IX. und II. Armee-Corps zu etatsmäßigen Militär-Intendantur-Majoren ernannt worden. — Der Oberförster-Candidat Paul ist zum Oberförster ernannt und es ist ihm die bisher schon von ihm verwaltete Oberförsterstelle zu Glnhausen im Regierungsbezirk Kassel definitiv verliehen worden. Der Oberförster-Candidat Culner ist zum Oberförster ernannt und es ist ihm die durch den Tod des Oberförsters Heymach erledigte Oberförsterstelle zu Schaafhausen im Regierungsbezirk Wiesbaden verliehen worden. Der Oberförster-Candidat Schmied ist zum Oberförster ernannt und es ist ihm die durch das Ausscheiden des Oberförsters Hoffmann aus dem Dienste erledigte Oberförsterstelle zu Hainchen im Regierungsbezirk Arnberg verliehen worden.

Berlin, 9. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] traf heute Vormittag 9 Uhr 25 Minuten auf dem Potsdamer Bahnhof hierher ein und wurde von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Carl, dem Gouverneur, General-Adjutanten, General der Infanterie von Boyen, dem Commandanten, General-Major Grafen von Wartensleben und dem Polizei-Präsidenten von Madai begrüßt. Se. Majestät empfing später im Palais die Besuche Ihrer Kaiserlichen und Königl. Hoheit der Kronprinzessin, Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Friedrich Carl und Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Alexander, conferirte mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck und hörte die Vorträge des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg und des Polizei-Präsidenten von Madai. (R.-Anz.)

Berlin, 9. Mai. [Die Vorlage über provisorische Einführung und Aenderung des Zolltarifs.] Der Reichskanzler hat dem Bundesrathe folgenden Gesetzentwurf, betreffend die provisorische Einführung von Aenderungen des Zolltarifs, vorgelegt:

§ 1. Eingangszölle von bis dahin zollfreien Gegenständen und Erzeugnissen bestehender Zölle, wegen deren Einführung dem Reichstage ein Gesetzentwurf zur Beschlussfassung vorgelegt ist, können mit Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages durch Aenderung des Reichstanzlers vorläufig in Hebung gesetzt werden. § 2. Der Antrag auf Ertheilung der nach § 1 erforderlichen Zustimmung des Reichstages bedarf nur einmaliger Verabreichung und Abstimmung. Der Reichstag kann nach absoluter Stimmenmehrheit beschließen, daß die Verabreichung und Abstimmung an demselben Tage stattfinden soll, worin welchem der Antrag schriftlich eingebracht ist. § 3. Die Aenderung des Reichstanzlers (§ 1) ist in das Reichsgesetzblatt aufzunehmen und tritt, falls sie nicht einen anderen Zeitpunkt bestimmen, sofort in Kraft. Die Aenderung erlischt mit dem Ablauf des Tages, an welchem das betreffende, zur Beschlussfassung des Reichstages im Entwurfe vorliegende (§ 1) Gesetz in Kraft tritt, oder durch Reichstagsbeschluss abgelehnt oder zurückgezogen wird, spätestens aber mit dem 15. Tage nach Schließung der Reichstags-Sitzung, während deren die Aenderung des Reichstanzlers (§ 3) sind unverzüglich diejenigen Zollbeträge, welche auf Grund derselben von bis dahin zollfreien Gegenständen oder über den bis dahin geschlossenen Zolltarif hinaus entrichtet oder zu Lasten des Zollschuldners angeordnet sind, zu erstatten beziehentlich wieder abzuschreiben, insoweit diese Beträge Gegenstände betreffen, welche nach der zur Zeit des Erlasses der Aenderung geltenden Zollgesetzgebung zollfrei sind, oder in so weit sie nach höheren Zollsätzen berechnet sind, als die zur Zeit des Erlasses der Aenderung bestehende Zollgesetzgebung festsetzt. § 5 dieses Gesetzes tritt sofort in Kraft.

Berlin, 9. Mai. [Der Schluss der Generaldebatte über die Zolltarisvorlage und die parlamentarische Lage.] In einer etwas abgekühlteren Temperatur, als in den vorhergehenden Tagen, hat der Reichstag heute mit dem sechsten Debattentage die Generaldiscussion über den Zolltarif zu Ende geführt. Eine Anzahl Redner, darunter die Polen, in deren Namen der Abg. Magdajnski in einer persönlichen Bemerkung gegen den Debattenschluss protestirte, sowie die Socialdemokraten, in deren Namen der Abg. Vahlreich sprechen sollte, sind allerdings nicht zu Worte gekommen. Aber in der Specialdiscussion werden wohl die genannten Parteien in umfangreicheren Reden ihre Position zum Tarif kundgeben können. Von den Polen weiß man, daß sie dagegen stimmen, während die Socialdemokraten mit einem Fusse auf Schutzzollern und mit dem anderen auf freihändlerischem Boden stehen. Indessen werden diese kleinen Hilfstuppen, welche der einen oder der anderen wirtschaftlichen Partei bei den einzelnen Positionen zur Seite stehen, bei der Abstimmung über das Ganze des Zolltarifs von keiner wesentlichen Bedeutung sein. Man hat heute bereits von einer der Majoritätsparteien im Hause eine ziffermäßige Aufstellung über die Generalabstimmung gemacht und dabei die Minderheit nur auf ein Viertel der Gesamtstärke des Reichstags veranschlagt. Die Gründe, welche für das prognostizirte Resultat angegeben werden, sind indessen ebenfalls einleuchtend, als die von anderer Seite kommenden, welche das Ergebnis der Schlussabstimmung noch als zweifelhaft hinstellen möchten. Gerade die zum Schluss der heutigen Sitzung getroffene Entscheidung des Hauses über die Anträge der beiden wirtschaftlichen Parteien, betreffend der geschäftlichen Behandlung eines Theils der Tarifpositionen hat den Beweis geliefert, daß Centrum, Conservative und die in den anderen Parteien verstreuten Mitglieder der „204“ die ansehnliche Mehrheit bilden. Es hiesse der Wahrheit untreu werden, wenn man behaupten wollte, daß die Freihändler einen anderen, als diesen Ausgang der Abstimmung erwarteten. Wir hören deshalb auch von freihändlerischer Seite in Zweifel ziehen, daß es bei der Specialdebatte über Getreide- und Holzölle zu einer eigentlichen Messung der gegnerischen Parteien kommen und diese Positionen verworfen werden könnten. Nach Lage der Dinge, namentlich seitdem demnächst die Führung der wirtschaftlichen Mittelpartei übernommen, sei dies kaum anzunehmen, somit die daraus gezogene Consequenz einer geplanten Auflösung des Reichstages als hin-fällig zu betrachten. Was die heutige Sitzung anlangt, so hat die umfangreiche Rede des Abg. Ridert zuweilen die Aufmerksamkeit des Hauses erregt. Die gemäßigten und sachlichen Ausführungen dieses Redners in Betreff der Materialtarifvorlage, der directen Steuererhebung und namentlich seine warme Befürwortung der Interessen unserer östlichen Provinzen, insoweit der Seefstädte, haben im Hause des Eindrucks nicht verfehlt.

Großbritannien.

A. C. London, 3. Mai. [Mr. Isaac Butt,] der Führer der Home-rule Partei im Unterhause, ist gestern nach längerem Krankenlager auf seinem Landhause bei Dundrum in der Grafschaft Dublin gestorben.

Der Verstorbenen, welcher das 66. Lebensjahr erreicht, war der einzige Sohn eines irischen Geächteten in Stranorlar, Grafschaft Donegal, hatte in Dublin studirt und war ein geachtetes Mitglied des irischen Gerichtshofes. Nach einer unglücklichen Candidatur für Mayo im Jahre 1850 wurde er zwei Jahre später für Harwich gewählt. Nach der Auflösung des Parlaments im gleichen Jahre wurde er in Hongkong gewählt, das er bis zum Jahre 1865 vertrat. Von jener Zeit bis zum Jahre 1871 hatte er keinen Sitz im Parlament. Seit 1871 vertrat er Kimerid, das nunmehr zur Wahl eines Erbkönigs für den Verstorbenen zu schreiben hat.

[Der Krieg in Afghanistan.] Aus Bombay wird dem „Reuter'schen Bureau“ unterm 5. d. telegraphirt:

Seitens unabhängiger Stämme an der Nordostgrenze Afghanistans ist der Vorschlag gemacht worden, die Pässe des Hindu Kush unter britischem

Protektorat zu behaupten. Jacob Khan kam am 3. d. in Butsaf an. Major Cabagnari wird die Unterhandlung mit ihm leiten. Die afghanischen Truppen in Turkestan sind noch immer von einem meuterischen Geist befeelt. Sie tödteten den General Scholam Hyder Khan, der abgehandelt worden, um die Meuterei zu unterdrücken.

Der Correspondent des „Standard“ in Simla telegraphirt:

Die einzige Gefahr eines möglichen Misslingens unserer Unterhandlungen mit Jacob Khan bildet der Umstand, daß er von uns zu viel Beistand gegen seine inneren Feinde fordern dürfte. Wir sind bereit, ihm das Gewicht unserer Anerkennung und unseres Wohlwollens zu leihen, aber nicht ihn materiell zur Geltendmachung seiner Thronansprüche zu unterstützen. Es wird allgemein als wahrscheinlich erachtet, daß, obwohl wir Frieden mit Kabul schließen dürfen, wir genöthigt sein würden, die Afridis und Mohmands zu bekämpfen und zu unterwerfen.

Handel, Industrie u.

Berlin, 9. Mai. [Börse.] Die gestrige Abschwächung war heute wieder vollständig geschwunden und blieben die Realisationsverläufe starr. Im Gegentheil zeigte sich eine recht lebhafteste Kaufkraft auf sämtlichen Gebieten der geschäftlichen Thätigkeit. Die heute vorliegenden Nachrichten beruhigten vollständig über die aus Afrika gemeldeten Erntemangel und entwickelte die Speculation eine große Regsamkeit. In Folge dessen sind auch heute im Coursniveau tiefere Erhebungen zu constatiren. Die Hausbewegung ging wiederum von den einheimischen Eisenbahnactien aus und verbreitete sich von hier über die anderen Branchen. Die eigentlichen Speculationspapiere waren weniger beachtet, blieben jedoch trotzdem nicht ganz unbelebt. Sie trugen eine sehr feste Haltung und machte sich dieselbe besonders gegen Schluss der Börse bemerkbar. Dester. Creditactien haben verhältnismäßig den größten Umsat aufzuweisen, Franzosen verhielten sich ruhiger und Lombarden blieben sehr still. Die österreichischen Nebenbahnen theilten sich wenig am Verkehr, vermochten sich jedoch im Allgemeinen gut zu behaupten, nur Elisabethbahn mußte etwas nachgeben. Von den localen Speculationseffecten waren Disconto-Commanbit-Antheile sehr fest. Laura-Actien verhielten sich stiller und notiren pr. ult. 77 1/2—78. Für die ausländischen Staatsanleihen war anfänglich die Stimmung weniger fest, doch besserte sich die Haltung bald und sind Coursveränderungen nicht zu notiren. Auch Ungarische Goldrente konnte sich von ihrem gestrigen Rückgange erholen. Russische Werthe behaupteten 5 1/2 Anl. pr. ult. 83 1/2, Noten ziemlich lebhaft, pr. ult. 195 1/2 bis 95—95 1/2 (Vorpr. 197 1/2), pr. ult. Juni 195 1/2—196 (Vorpr. 198 1/2). Preuss. Fonds fest, aber ebenso wie die anderen Deutschen Staatspapiere sehr still, auch in Eisenbahnprioritäten war der Verkehr wenig belebt. Ostpreussische Südbahn Litt. A., Freiburger 4 1/2, Ostlicher C. fanden gut Käufer. Auf dem Eisenbahnactienmarkt herrschte eine animirtere Tendenz. Von den rheinisch-westfälischen Speculationsbedingen waren besonders Köln-Mindener begabt. Auch für Potsdamer war gute Frage. Oberpfälzische stiegen auf die günstige Einnahme, Stettiner mußten etwas nachgeben und ebenso konnten sich Halberstädter nicht voll auf gestrigem Course behaupten. Sautactien ziemlich fest und nicht unbelebt. Magdeburger Privatbank hielt und stieg. Dessauer Creditbank und Leipziger Credit kamen höher zur Notiz. Essener Credit-Bank besser. Braunschweiger Bank, Centralbank für Preußen und Petersburger Internationale ebenfalls höher. Deutsche Bank gedrückt. Darmstädter Bank nachgebend. Auch Antwerpener Centralbank, Preussische Bodencreditanstalt und Barmer Bankverein waren billiger erhältlich. Industrieactien fest und belebt. Ahrens Brauerei war, dagegen Schloßbrauerei besser. Stralsunder Spielarten zogen etwas an bei bester Nachfrage. Mittelwohnungen stiegen. Deutsche Eisenbahngesellschaft und Berlin-Charlottenburger Bangesellschaft erhöhten die Notirungen. Omnibus beliebt. Oberpfälz. Eisenbahndarfst matter, Sächsischer Webstuhl-Fabrik Schönborn kamen höher zur Notiz. In Montanwerthen prävalirten Verkaufsorders. Medenbühl, Benificus zogen in den Coursen an, dagegen ließ Gelsenkirchen um 4 pCt. nach und Pluto, Mechernicher und Bochumer konnten sich ebenfalls nicht auf bisheriger Notiz behaupten.

Um 2 1/2 Uhr: Fest. Credit 452, Lombarden 133.50, Franzosen 462, Reichsbank 154.75, Disconto-Commanbit 150.50, Lauraactien 78.25, Rürten 11.60, Italiener 78, Dester. Goldrente 68.25, Ungarische Goldrente 80, Dester. Silberrente 58, do. Papierrente 57.75, 5 1/2 Russen 85.37, Köln-Mindener 122.25, Rheinische 117, Verailische 88, Rumänen 29.87, Russische Noten 195.50. Marienburg-Mlawka-Prioritäten — Ckt.

Coupons. (Course nur für Polen.) Desterreich. Silberrent-Op. 172.50 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172.50 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 50 Pf. t. Wien, Amerit. Gold-Dollar-Bonds 4.165 bez., do. Eisenb.-Prior. 4.165 bez., do. Papier-Dollars 4.165 bez., 6 1/2 New-York-City — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. t. Pet., Boir. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warshaw, Russ.-Engl. conf. — bez., Russ. Zell 20.45 Gld., 22er Russen —, Grobe Russ. Staatsbahn — bez., Russ. Boden-Credit — bez., Warshaw-Wieners Comm. — bez., 8 1/2 Rumän. Div.-Sch. p. 78 — bez., Warshaw-Ceresopol — bez., 3 1/2 und 5 1/2 Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lit.-Obligat. 20.37 bez.

Wien, 9. Mai. Der Rechnungsabschluss der Carl-Ludwigbahn ergibt ein Gesamtvermögen von 6,507,212 fl., hiervon fällt auf die Linie Bruck-Lemberg 4,873,322 fl., Lemberg-Brod-Bodmolica 922,121 fl. Der Staatsgarantiezuschuß für letztere Linie beträgt 625,078 Gulden. Nach Abzug der Verzinsung der Prioritäten und des Actienkapitals verbleiben 2,624,325 fl. zur Disposition der Generalversammlung.

Berlin, 9. Mai. [Producten-Bericht.] Der Wind ist nach Süden gegangen und die Temperatur merklich gestiegen. Man glaubte eine mattere Stimmung für Getreide hieraus herleiten zu können, und eröffnete der Markt mit etwas schlechteren Geboten; es zeigte sich aber bald, daß die Kaufkraft den spärlichen Offerten überlegen war, und der leineswegs reger Umsatz entwickelte sich erst unter Bewilligung anziehender Preise. Roggen hat für nahe Termine reichlich 1 Mark, Herbst nur 1/2 M. gewonnen; loco wird der Handel durch Beschränkung des Angebots sehr geschwächt. — Roggenmehl besser bezahlt. — Weizen ist etwa um 1 M. im Werthe gestiegen. Verkäufer sind knapp, der Umsatz denn auch wenig belebt gewesen. — Hafer loco fest, Preise zu Gunsten der Verkäufer. Termine höher. — Rüböl wenig belebt und im Preise kaum verändernd. — Petroleum ruhig. — Spiritus wurde wenig lebhaft umgesetzt. Der Kaufkraft stand das Angebot ebenbürtig gegenüber, daher ist der Preisstand schließlich gegen gestern nicht verändert.

Weizen loco 165—205 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber schlesischer — M. ab Bahn bez., feiner weißer polnischer — M. ab Bahn bez., per Mai und Juni 190 1/2—192 1/2 M. bez., per Juni-Juli 191 1/2—192 1/2 M. bez., per Juli-August 192—193 1/2 M. bez., per September-October 193 1/2—195 1/2 Mark bez. Gefundigt 7000 Centner. Rindungspreis 192 Mark. — Roggen loco 122—136 Mark pro 1000 Kilogramm nach Qualität gefordert, russischer 122—124 1/2 M., inländischer 132—134 M. ab Bahn und Bahn bez., defecter russ. — Mark ab Bahn bez., per Mai 123 bis 124 M. bez., per Mai-Juni 122 1/2—124—123 1/2 M. bez., per Juni-Juli 123—124 M. bez., per Juli-August 124—125 1/2—125 M. bez., per August-September — Mark bez., per September-October 128—129 M. bez. Gefundigt 12,000 Centner. Rindungspreis 124 M. — Gerste loco 115 bis 180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 120—147 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 125—130 M. bez., russischer 125 bis 130 M. bez., pommerischer 129—132 M. bez., schlesischer 125—132 M. bez., böhmischer 125—132 M., feiner weißer pommerischer u. medlenburgerischer 133 bis 135 M. ab Bahn bez., per Mai 127—128 M. bez., per Mai-Juni 127 bis 128 M. bez., per Juni-Juli 127—128 M. bez., per Juli-August 129—130 1/2 M. bez., per August-September — M. bez., per September-October 135 M. bez. Gefundigt — Centner. Rindungspreis — Mark. — Erbsen, Kochwaare: 139—190 M., Futterwaare: 128 bis 138 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unverfeuert incl. Sad Nr. 0: 26.00—25.00 Mark, Nr. 0 und 1: 24.50—23.50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unverfeuert incl. Sad Nr. 0: 19.50—17.75 M. bez., Nr. 0 und 1: 17.50—16.25 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sad per Mai und Juni 17.55—17.70 Mark bez., per Juni-Juli 17.55—17.70 M. bez., per Juli-August 17.70—17.80 Mark bez., per September-October 18.00—18.10 Mark bez. Gefundigt — Centner. Rindungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — Mark bez., ohne Faß 57.5 Mark bez., per Mai 57.8 M. bez., per Mai-Juni 57.8 Mark bez., per Juni-Juli 58.2 M. bez., per Juli-August 58.2 M. bez., per September-October 58.9—58.8 Mark bez., per October-November 59—58.9 Mark bez., per November-December 59.1 Mark bez. Gefundigt — Centner. Rindungspreis — M. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 20.4 M. bez., per Mai und Juni 20.2 M. bez., per September-October 23 M. bez. Gefundigt — Centner. Rindungspreis — Mark. — Spiritus loco ohne Faß 53.1—53 Mark bez., per Mai und Juni

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00 bis
14,80 Mart, Victoria 14,80—16,30—17,50 Mart.
Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mart.
Lupinen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80—8,10 Mart,
blaue 7,30—7,60—8,00 Mart.
Widen mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,20—11,80 Mart.
Delsaaten ohne Menderung.
Schlaglein sehr fest.

Hafer gut behauptet, pr. 100 Silogr. 10,00—10,60—11,60 bis 12,20 Marl.